

Was macht Amerika mit seiner Macht? Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2002

Braml, Josef; Thimm, Johannes

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Braml, J., & Thimm, J. (2003). *Was macht Amerika mit seiner Macht? Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2002*. (SWP-Zeitschriftenschau, 02/2003). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-365351>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Was macht Amerika mit seiner Macht?

Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2002

Josef Braml / Johannes Thimm

Auf dem amerikanischen »Marktplatz der Ideen« behandelt eine große Anzahl von Beiträgen die Rolle der Hegemonialmacht USA, speziell vor dem Hintergrund der neuen Sicherheitsstrategie. Damit bleibt auch das Thema der transatlantischen Beziehungen aktuell: aufgrund unterschiedlicher Positionen in den USA und Europa zur Irak-Frage sowie als Reaktion auf den Artikel »Power and Weakness« von Robert Kagan (siehe SWP-Zeitschriftenschau »Die Macht Amerikas«, 1. Halbjahr 2002). Im Rahmen der Fachdiskussion über die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) gewinnt die Nato, der traditionelle Eckpfeiler transatlantischer Verständigung, wieder an Bedeutung.

In seinem Artikel »The Axis of Irony« im *YaleGlobal* macht **Strobe Talbott**, Präsident der renommierten Brookings Institution und ehemaliger Deputy Secretary of State unter Präsident Clinton, die Kritiker der Bush-Administration auf drei »Ironien« aufmerksam: Zum einen habe die ultimative Drohung des Präsidenten, unabhängig von der UNO zu handeln, die Weltorganisation genau vor der Bedeutungslosigkeit bewahrt, vor der Bush sie gewarnt hatte. Die »zweite Ironie«: Indem Präsident Bush mehr oder weniger die Resolution erhalten habe, die er gewollt hatte, sei er nun im Umgang mit dem Irak in die Rahmenbedingungen der UN eingebunden. Zweifelsohne werde Bush ständig wiederholen, daß die Vereinigten Staaten die notwendigen Machtbefugnisse hätten, um allein und mit Waffengewalt gegen den Irak vorzugehen. Jedoch vermutet Talbott, daß Bush den

multilateralen Kurs beibehalten wird: Nicht nur, daß er dazu bevollmächtigt wurde; er würde auch internationale Legitimation einbüßen und die Teilnahme vieler Staaten sowohl bei der militärischen Kriegführung als auch bei der anschließenden Friedenssicherung verwirken, sollte er sich von der UNO abkehren. Schließlich würde er auch seinen innenpolitischen Rückhalt aufs Spiel setzen. Denn die Meinungsumfragen verdeutlichen, daß die Mehrzahl der Amerikaner nicht auf den Rückhalt der Völkergemeinschaft verzichten wollen, wenn gleich sie eine Führung durch die USA befürworten. Insofern wandelte sich Saulus zum Paulus – Bush wurde beim Thema Irak nach Einschätzung von Talbott zum Multilateralisten, gar Traditionalisten. Womit bereits die »dritte und letzte Ironie« angesprochen wäre: »Bush könnte letzten Endes im Umgang mit dem Irak einen Weg

einschlagen, der weitgehend im Einklang steht mit dem seines Vorgängers, Bill Clinton, im Umgang mit ähnlichen Bedrohungen des internationalen Friedens.« Dementsprechend hält es Strobe Talbott für wahrscheinlich, daß »die Antwort auf das Irak-Problem gemeinhin gehegte Überzeugungen widerlegt und als Erinnerung dafür dient, daß nach wie vor ein hoher Grad an Kontinuität die amerikanische Außenpolitik kennzeichnet – von Bush über Clinton zu Bush.«

Hingegen wertet **John Ikenberry**, Politikprofessor an der Georgetown-Universität, in seinem Aufsatz »America's Imperial Ambition« in *Foreign Affairs* die neue außen- und sicherheitspolitische Strategie der Bush-Administration als Ausdruck eines tiefgreifenden Paradigmenwechsels. Die strategische Umorientierung, hervorgerufen durch die Bedrohung des Terrors, zeige sich vor allem an zwei Merkmalen: zum einen an der geringeren Bereitschaft der US-Regierung, sich durch andere Staaten oder internationale Institutionen und Normen in der Wahl ihrer Ziele und Mittel beschränken zu lassen; zum zweiten in der unilateralen Entschlossenheit, angesichts der Bedrohung durch Terroristen oder Schurkenstaaten präemptive oder gar präventive Militärmaßnahmen zu ergreifen.

Ikenberry unterzieht diese Strategie einer nüchternen Analyse, erklärt die Motive ihrer Protagonisten, warnt jedoch auch vor den inhärenten Gefahren, vor allem davor, daß es ihr an Nachhaltigkeit fehle, daß sie zur Nachahmung oder zur Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verleite und daß sie nicht geeignet sei, Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus zu fördern, sondern eher anti-amerikanische Ressentiments nähre. Schließlich könnten sich die USA durch einen allzu ausgeprägten Hang zum Alleingang an den umfangreichen Aufgaben verheben (Stichwort »imperial overstretch«), insbesondere wenn man die versteckten Kosten des »state building« und von friedenserhaltenden Maßnahmen in Betracht ziehe. Ikenberry

konkretisiert die »New Imperial Grand Strategy« anhand von sieben Aspekten – Leitthemen, die sich auch in einer Vielzahl weiterer relevanter Artikel wiederfinden:

(1) die Entschlossenheit, die absolute Vormachtstellung der USA in einer unipolaren Welt zu erhalten und auszubauen, (2) eine fundamentale Neubewertung von Bedrohungen, fokussiert auf die Gefahr durch Terroristen, (3) die Abwendung vom Konzept der Abschreckung zugunsten einer offensiven Strategie der Präemption bzw. Prävention, (4) die Annahme bedingter Souveränität anderer Staaten, (5) eine geringere Verpflichtung gegenüber internationalen Verträgen, Institutionen, völkerrechtlichen Normen und Sicherheitsallianzen, (6) der Anspruch, uneingeschränkt und alleine gegen die Bedrohung durch Terrorismus und Massenvernichtungswaffen vorzugehen, und (7) die verringerte Wertschätzung der Bedeutung internationaler Stabilität.

Irak als Präzedenzfall?

Präemption bzw. Prävention* sind zentrale Begriffe in der Debatte um die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) bzw. das konkrete militärische Vorgehen gegen den Irak. Mit seinem Artikel »Preemption and the End of Westphalia« leistet **Henry Kissinger** in *New Perspectives Quarterly* einen Beitrag zur Debatte über eine mögliche Intervention im Irak. Er bezieht aber auch grundsätzlicher Stellung zur Sicherheitspolitik der Bush-Administration. Der ehemalige Außenminister und angesehene politische Kommentator nimmt interessanterweise nicht die NSS, sondern die Rede von George W. Bush vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen zum Anlaß, die verän-

* Präemption meint proaktives Handeln angesichts eines unmittelbar bevorstehenden, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Angriffs; Prävention schließt darüber hinaus die Möglichkeit ein, aufgrund einer Gefahr, die später akut werden könnte – wie aktuell im Fall des Irak –, antizipatorisch zu handeln.

derten Rahmenbedingungen und die daraus resultierende Außenpolitik zu bewerten. Kissinger konstatiert, daß Präsident Bush weder ein universales Recht auf Präemption noch den generellen Anspruch der amerikanischen Regierung reklamiert, mißliebige Regime abzulösen. Gleichwohl interpretiert Kissinger die Präemptionsdebatte als eine natürliche Reaktion auf die gewachsene Bedrohung durch nichtstaatliche Akteure, die durch den 11. September deutlich sichtbar geworden ist.

Unter den veränderten Bedingungen habe das seit dem Westfälischen Frieden geltende Prinzip der Souveränität von Staaten nur noch eingeschränkt Gültigkeit – vor allem wenn es sich um Staaten handelt, die Terroristen unterstützen oder ihnen Unterschlupf gewähren. Da Terroristen kein Territorium zu verteidigen hätten, bliebe gegen sie auch Abschreckung wirkungslos. Die besondere Gefahr, die ohne Vorwarnung zuschlagende Terroristen darstellten, werde potenziert, wenn sie in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangten. Daher seien Massenvernichtungswaffen in den Händen eines Regimes wie das des Iraks eine inakzeptable Bedrohung, unabhängig davon, ob eine direkte Verbindung zwischen dem irakischen Regime und Al Qaida bestehe.

Kissinger verteidigt also die gegenwärtige US-Politik, gibt aber zu bedenken, daß ein allgemeines Recht auf Präemption weder im Interesse Amerikas noch der Welt liegen könne. Statt dessen mahnt er, daß es notwendig sei, durch Konsultationen »generelle Prinzipien zu entwickeln, die andere Nationen als im Interesse der Allgemeinheit ansehen.« Nicht nur dafür bedürfe es der Kooperation der transatlantischen Partner. Auch der Wiederaufbau eines stabilen Irak könne nicht die alleinige Aufgabe der USA sein.

In einem *Brookings Policy Brief* teilen **Michael O'Hanlon, Suzan Rice** und **James Steinberg** die Auffassung von Henry Kissinger, daß es nicht ratsam sei, Präemption zum allgemeinen Prinzip zu erheben. Entgegen der Einschätzung des ehemaligen

Außenministers hat die Bush-Administration aber nach Meinung der Brookings-Experten diese Schwelle mit der Formulierung der NSS bereits überschritten – wenn auch noch nicht irreversibel: »Anstatt formal eine neue Doktrin zu deklarieren, wäre es besser gewesen, präemptive Militäroptionen weiterhin auf Ausnahmesituationen zu begrenzen, bei denen Nichtstun großen, nicht wiedergutzumachenden Schaden verursachen könnte und andere Politikoptionen geringe Erfolgsaussichten haben.« Ansätze zu einer solchen Strategie sehen die Autoren in einer Rede der Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice. Sie habe betont, daß Präemption nur angewandt werden solle, nachdem alle anderen Mittel ausgeschöpft seien, und prinzipiell nur in Fällen, in denen sich ernste Schäden absehen ließen. Präemption zum allgemeinen Prinzip zu erheben birgt nach Auffassung von O'Hanlon, Rice und Steinberg vier Risiken:

(1) Unterminierung der Legitimität amerikanischer Außenpolitik und des Zusammenhalts der internationalen Koalition gegen den Terrorismus; (2) Absinken der Hemmschwelle amerikanischer Entscheidungsträger, militärische Mittel einzusetzen, ohne zuvor andere Mittel ausgeschöpft zu haben; (3) Veränderung des Verhaltens von Staaten, die sich im Fadenkreuz sehen (Geheimhaltung und Aufbau von Abschreckungskapazitäten); (4) Präzedenzwirkung auf andere Staaten, die ihre militärischen Pläne und Handlungen legitimiert sehen könnten. Deshalb sei eine präemptive Strategie – wiewohl sie im Kampf gegen Terroristen legitim erscheine – gegenüber staatlichen Regimen und zu deren Beseitigung kontraproduktiv. Das Konzept der Eindämmung bzw. Abschreckung sei nicht so wirkungslos, wie gemeinhin angenommen werde. Auch Saddam Hussein gilt nach Meinung der Autoren als »abschreckbar«.

Der Einschätzung, dem aggressiven Regime des Irak sei mit Abschreckung nicht beizukommen, widersprechen entschieden auch **John Mearsheimer**, Professor für

Internationale Beziehungen an der Universität von Chicago, und **Stephen Walt**, Professor an der Harvard-Universität. In ihrem *Foreign Policy*-Artikel »An Unnecessary War« überprüfen die beiden prominenten Vertreter der neorealistischen Schule die Stichhaltigkeit eines zentralen Arguments der Befürworter eines Präventivkrieges gegen den Irak. Es lautet, daß ein Krieg gegen den Irak notwendig sei, weil Saddam Hussein ein unkalkulierbares Risiko darstelle. Mearsheimer und Walt hinterfragen die Annahme, daß sich der irakische Führer aus Gewissenlosigkeit und Mangel an Rationalität nicht vom Einsatz von Massenvernichtungswaffen abschrecken lasse. »Sowohl die Logik als auch die historische Erfahrung deuten darauf hin«, so die Autoren in ihrem Fazit, »daß eine Politik sorgfältiger Eindämmung funktionieren würde – in der derzeitigen Situation wie auch für den Fall, daß der Irak sich ein Arsenal von Nuklearwaffen beschafft.«

Die Frage der Abschreckung Saddams ist für die neokonservativen Vordenker und Meinungsführer **William Kristol** und **Robert Kagan** nur zweitrangig. Nicht seine Waffen, sondern Saddam selbst sei das Problem, das es zu beseitigen gelte. Sie erklären im *Weekly Standard*, daß die internationale Staatengemeinschaft unter Führung Frankreichs einen beträchtlichen Erfolg erzielt habe, indem sie die neue Resolution des UN-Sicherheitsrates in der Frage eines Regimewechsels im Irak abgeschwächt und auf die Entwaffnung des Regimes beschränkt habe. Auch die Inspektionsbedingungen seien in den diplomatischen Verhandlungen aufgeweicht worden. Schlimmer noch: Die im Sicherheitsrat beschlossenen Inspektionen halten die Autoren für eine Falle. Daraus könne sich der durch den Sieg bei den jüngsten Kongreßwahlen für seine Mission im Kampf gegen den Terrorismus und den Irak zusätzlich legitimierte US-Präsident zwar befreien, aber zunächst sei die klare Begründung für die Notwendigkeit eines Krieges aufgegeben worden. An der Stelle der »klaren und unmittelbaren Gefahr durch

einen aggressiven Diktator, der im Begriff ist, Nuklearwaffen zu entwickeln«, stünde in der aktuellen Diskussion nur noch die Frage, ob die Waffeninspektoren bei ihrer Arbeit behindert würden.

Nach Meinung von Kristol und Kagan sind Inspektionen generell unwirksam, unabhängig von Saddams Verhalten. Deswegen, so die Autoren, »lag Bush von Anfang an richtig, indem er auf einem Regimewechsel im Irak bestand«. Der Präsident wisse dies, aber im Moment betreibe die Administration eine Politik, die diese »fundamentale Wahrheit«bewußt leugne und verberge. Und je weiter man auf diesen Abweg geriete, desto mehr würden die klaren Konturen des konservativen Weltbildes (»our vision«) – für das der Präsident so hart gearbeitet habe – »hoffnungslos vernebelt«.

Für Kristol und Kagan am besorgniserregendsten ist das Ausmaß, in welchem dem US-Präsidenten die Kontrolle über amerikanische Außenpolitik entzogen und sie in die Hände derer gespielt werde, die mit Bush nicht einig sind in der Zielsetzung, einen Regimewechsel im Irak herbeizuführen (genannt werden UN-Chef-Waffeninspekteur Hans Blix, die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Saddam Hussein selbst). Dies sei um so bedenklicher, als sich die Inspektionen über Monate hinziehen könnten – bis ins Vorfeld der Präsidentschaftswahl im Jahre 2004. Angesichts dieses »pessimistischen« Szenarios bleiben die Autoren dennoch »optimistisch«: »Die Entwicklung bleibt einzig und allein in den Händen von Präsident Bush. Wir können uns nicht vorstellen, daß der Präsident die Absicht hat, seine erste Amtszeit zu beenden, während Saddam Hussein immer noch an der Macht ist. Er weiß, welche Katastrophe dies für die Sicherheit der Nation, für die Welt und für ihn persönlich bedeuten würde.«

Uneingeschränkte Supermacht oder internationale Kooperation?

Mit ihrem Beitrag »The New Transatlantic Project« plädieren **Ronald Asmus** und **Kenneth Pollack** für die Wiederbelebung der transatlantischen Partnerschaft mit Hilfe einer neuen umfassenden Strategie. In der Debatte über die Mißstimmungen im transatlantischen Verhältnis würden die Differenzen stark übertrieben. In Wirklichkeit sei man sich weitgehend einig über die langfristigen Ziele – ein deutliches Indiz dafür, wie nah sich Amerikaner und Europäer immer noch stünden. Meinungsverschiedenheiten bezögen sich eher auf die Mittel zum Erreichen dieser Ziele. Nach Meinung von Asmus und Pollack hat die transatlantische Partnerschaft keineswegs an Bedeutung verloren, steht aber vor völlig neuen Aufgaben. Eine militärische Antwort auf den Terrorismus und dessen Unterstützstaaten sei zentral, aber zur Sicherung der Stabilität keineswegs ausreichend. Nur durch eine Lösung der Konflikte im Nahen Osten als der Region mit dem größten Gefahrenpotential sei eine Stabilität zu erreichen, welche die Bedrohung für Europa und die USA dauerhaft verringern könne. Voraussetzung sei eine Transformation der dortigen politischen Systeme, die den Menschen die Perspektive von Demokratisierung und ökonomischer Entwicklung bietet. Dabei dürfe aber das westliche Modell nicht von außen oktroyiert werden. Vielmehr gelte es, fortschrittliche Kräfte zu unterstützen und nicht vor der Aufgabe des »nation-building« zurückzuschrecken. Für diese neue Herausforderung sei die NATO als Instrument weiterhin unerläßlich.

Wo Asmus und Pollack vor allem Zielvorstellungen beschreiben und sich ansonsten im allgemeinen halten, werden **Rebecca Johnson** und **Micah Zenko** etwas konkreter. Auch sie wollen die NATO für neue Aufgaben einsetzen, insbesondere für den Kampf gegen Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität. Angesichts des weltumspannenden Netzwerks der Terroristen komme die US-Regierung nicht

umhin, ihre militärischen, sicherheitsdienstlichen und diplomatischen Bemühungen mit den europäischen Alliierten zu koordinieren. Das transatlantische Verteidigungsbündnis biete nicht nur das Mandat, sondern verfüge auch über Erfahrung und Ressourcen, um einen derart umfangreichen wie langwierigen Feldzug gegen den internationalen Terrorismus zu führen. Denn, so die Autoren im Klartext: »Der gegenwärtige Krieg gegen den Terrorismus enthält wie schon die NATO-Interventionen auf dem Balkan zwei Komponenten: militärisches Engagement und die langfristige Aufgabe des Wiederaufbaus.« Möglichen Einwänden europäischer Partner könne entgegnet werden, daß sie keine Rolle im Kampf gegen den Terrorismus spielen würden, wenn sie nicht bereit seien, die NATO in den Mittelpunkt europäischer Anti-Terroraktivitäten zu stellen. Diese Kooperation verleihe den europäischen Partnern nicht nur eine Stimme bei Planung und Umsetzung, sie brächte sie auch in den Genuß der umfangreichen militärischen Mittel der Allianz. Ein derartiges Arrangement würde darauf hinauslaufen, daß die NATO im Interesse einer effektiven Bekämpfung des transnationalen Netzwerks der Terroristen selbst eine Organisationsform annehmen müsse, die den einzelnen Kooperationspartnern mehr Autonomie gewährt.

John Gaddis, Professor für Militärgeschichte an der Yale-Universität, analysiert in *Foreign Policy* die neue National Security Strategy und vergleicht sie mit Strategiepapieren vorangegangener Administrationen. Nach seiner Bewertung hat die NSS tatsächlich eine multilaterale Orientierung. Bereits in der Einleitung werde mehr Gewicht auf die multilaterale Komponente gelegt als im Strategiedokument des Bush-Vorgängers Clinton. Die absolute Vormachtstellung der USA zu verteidigen und sogar noch auszubauen stehe dazu nicht in Widerspruch. Im Einklang mit neueren politikwissenschaftlichen Theorien gelte die Annahme, daß kleinere Staaten sich nicht notwendigerweise gegen die Supermacht verbünden,

wenn sie diese als wohlwollend wahrnehmen. Gaddis bemerkt, daß gerade Bushs ambitionierte Grand Strategy, den Nahen Osten zu reformieren, fundamental von multilateraler Unterstützung abhängt. Insofern kritisiert er das kurzsichtige Verhalten der Bush-Administration bei einer Vielzahl internationaler Verhandlungen, durch die sie viele Sympathien verspielt habe. In Gaddis Worten: »[Die Bush-Administration] hat wiederholt ihre eigenen moralischen Multiplikatoren verprellt, indem sie sich bei zahlreichen multilateralen Themen – vom Kyoto-Protokoll über den Comprehensive Test Ban Treaty bis zum Internationalen Strafgerichtshof – wie ein störrischer, schmollender, unvorsichtiger und muskelstrotzender Teenager verhielt. Damit hat sie den Vorrat an Unterstützung aufgebraucht, dessen sie sich hätte vergewissern sollen, bevor sie sich auf eine so riskante Strategie einließ.« Insgesamt jedoch verfolgt die Bush-Administration nach Gaddis' Auffassung den richtigen Ansatz, um die Probleme anzugehen, die sich Amerika und seinen Alliierten nach dem 11. September stellen.

Mars oder Venus?

Stephen Szabo, Professor für Europa-studien an der Johns-Hopkins-Universität, setzt sich in dem Aufsatz »Power and Hubris«, der auf der *Website des American Institute for Contemporary German Studies* veröffentlicht wurde, mit der Frage auseinander, worin die Spannungen in den transatlantischen Beziehungen begründet sind. Der Autor führt zwei Argumente gegen die Thesen an, die Robert Kagan in seinem aufsehenerregenden Artikel »Power and Weakness« vertreten hat. Zum einen weist Szabo darauf hin, daß »das, was Kagan als amerikanisch bezeichnet, nur einen Teil des US-Meinungsspektrums reflektiert« und daß die transatlantischen Spannungen vornehmlich durch die spezifische Politik der Bush-Administration erzeugt wurden. Szabo sieht, zweitens, ein

grundsätzlicheres Problem darin, daß es niemanden mehr gebe, der die amerikanische Hybris im Zaum hält. Während des Kalten Krieges habe die Sowjetunion diese Aufgabe erfüllt. Angesichts mangelnder innenpolitischer »checks and balances« setzt Szabo seine Hoffnung darauf, daß Europa verstärkt zu einer Balancefunktion findet. Dem allgegenwärtigen amerikanischen Vorwurf des Pazifismus an die Adresse der Europäer hält Szabo entgegen, daß es in der Vergangenheit oftmals die Europäer waren, die die Supermacht zu militärischen Interventionen bewegen mußten (Stichworte: Powell-Doktrin, Bosnien, Kosovo), und daß die Europäer für ihre Sicherheit auch bemerkenswert umfangreiche Finanzmittel bereitstellen. Doch liegt nach Szabos Auffassung »das Problem weniger in der Höhe der ausgegebenen Mittel, sondern in Verschwendung, Doppelarbeit und fehlender Bereitschaft, die Chancen eines größeren Marktes zu nutzen.« Szabo sieht deshalb in der europäischen Integration nicht das Problem, sondern vielmehr die Lösung.

Craig Kennedy, Direktor des German Marshall Fund, und **Marshall Bouton**, Direktor des Chicago Council on Foreign Relations (CCFR), stellen in »The Real Transatlantic Gap« die Ergebnisse einer Befragung in den USA und sechs europäischen Ländern (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Niederlande) vor. Zum einen wird deutlich, daß der Stand der transatlantischen Beziehungen nicht so schlecht ist, wie allgemein geschrieben wird: Die Bevölkerungen in den USA und Europa empfinden nach wie vor große Sympathie füreinander, bevorzugen eine enge Kooperation zwischen den Kontinenten und haben in vielen Themenbereichen ähnliche Einstellungen. So sind Amerikaner und Europäer weitgehend einig über die Bedrohungen in der heutigen Welt und überwiegend der Auffassung, daß internationale und multilaterale Organisationen und Institutionen zur Abwehr dieser Bedrohungen gestärkt werden sollten. Selbst in der Frage des Einsatzes

militärischer Gewalt gibt es keine signifikanten Unterschiede in den Antworten diesseits und jenseits des Atlantiks. Im konkreten Falle des Irak bevorzugen Europäer und Amerikaner ein vom UN-Sicherheitsrat legitimes Vorgehen. Interessanterweise billigt nach dieser Umfrage nur einer von fünf Amerikanern einen militärischen Alleingang gegen den Irak.

Dennoch gibt es auch unterschiedliche Einstellungsmuster beiderseits des Atlantiks. So nehmen Amerikaner den Bedrohungsgrad generell als sehr viel höher wahr und sehen dringenderen Handlungsbedarf. Angesichts dieses Wahrnehmungsunterschieds geben Kennedy und Bouton zu bedenken, daß »es viel schwieriger werden dürfte, eine langfristige Koalition gegen ein breites Spektrum von Risiken aufrechtzuerhalten, [...] solange Europäer sich nicht in gleichem Maße verwundbar fühlen wie Amerikaner«. So überrascht es auch nicht, daß in den USA im Vergleich zu Europa deutlich mehr Menschen bereit sind, das bereits hohe Niveau der Verteidigungsausgaben beizubehalten oder noch zu erhöhen. Einen weiteren wichtigen Unterschied markiert die jeweilige Haltung im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Eine deutlich höhere Zahl von Europäern unterstützt einen palästinensischen Staat, während die Amerikaner stärkere Loyalität zu Israel bekunden und den Konflikt darüber hinaus generell als Bedrohung wahrnehmen.

Kennedy und Bouton argumentieren, daß eine weitere enge Zusammenarbeit wünschenswert und im Interesse aller sei. Die feststellbaren Unterschiede seien durchaus ernst zu nehmen und könnten die Kooperation belasten. Letztlich aber überwiegen die gemeinsamen Interessen und Wertvorstellungen. Dies sei eine solide Basis für fortgesetzte produktive Kooperation. Wenngleich eine Mehrheit der Europäer es gern sähe, daß Europa eine den USA ebenbürtige Supermacht wäre, würden etwa vier von fünf Europäern dafür plädieren, einen hypothetischen Supermacht-

status Europas weniger für Konkurrenz mit den USA als für Kooperation zu nutzen.

Besprochene Aufsätze

Asmus, Ronald D./Pollack, Kenneth M.,

The New Transatlantic Project, in: Policy Review, 115 (Oktober/November 2002), www.policyreview.org/OCT02/

Gaddis, John Lewis, A Grand Strategy of

Transformation, in: Foreign Policy, (November/Dezember 2002), S. 50–57, zugänglich über www.foreignpolicy.com/issue_novdec_2002/gaddis.html

Ikenberry, G. John, America's Imperial

Ambition, in: Foreign Affairs, 81 (September/Oktober 2002) 5, S. 44–60

Johnson, Rebecca/Zenko, Micah,

All Dressed Up and No Place to Go: Why NATO Should Be on the Front Lines in the War on Terror, in: Parameters, (Winter 2002/03), S. 48–63, <http://carlisle-www.army.mil/usawc/Parameters/02winter/johnson.htm>

Kennedy, Craig/Bouton, Marshall M.,

The Real Trans-Atlantic Gap, in: Foreign Policy, (November/Dezember 2002), S. 66–74

Kissinger, Henry, Preemption and the End

of Westphalia, in: National Perspectives Quarterly, 19 (Herbst 2002) 4, www.npq.org/archive/2002_fall/kissinger.html

Kristol, William/Kagan, Robert, The U.N.

Trap?, in: The Weekly Standard, 8 (18.11.2002) 10, www.weeklystandard.com/Content/Public/Articles/000/000/001/882wsqal.asp

Mearsheimer, John J./Walt, Stephen M.,

An Unnecessary War, in: Foreign Policy, (Januar/Februar 2003), S. 50–59, www.foreignpolicy.com/wwwboard/walts.html

- O'Hanlon, Michael E./Rice, Suzan E./
Steinberg, James B.**, The New National
Security Strategy and Preemption,
Washington, D.C.: Brookings Institution,
Dezember 2002 (Brookings Policy Brief
Nr. 113), [www.brookings.edu/comm/
policybriefs/pb113.htm](http://www.brookings.edu/comm/policybriefs/pb113.htm)
- Szabo, Stephen F.**, Power and Hubris,
Website des American Institute for
Contemporary German Studies (AICGS),
www.aicgs.org/c/power.shtml
- Talbott, Strobe**, The Axis of Irony,
in: YaleGlobal, (November 2002),
[http://yaleglobal.yale.edu/
display.article?id=474](http://yaleglobal.yale.edu/display.article?id=474)

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org